

Kurdischer Frühling, türkischer Herbst?

Ein Frieden zwischen Türken und Kurden hängt
von der Rückkehr zum Demokratisierungsprozess ab

OLIVER ERNST

Geboren 1967 in Duisburg, Politikwissenschaftler und Publizist, Länderreferent für Türkei, Iran, Israel und die Palästinensischen Gebiete im Team Naher Osten und Nordafrika, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Im zweiten Halbjahr 2015 erlebt die Türkei ein politisches Déjà-vu. Wie zwanzig

Jahre zuvor verschärft sich der Konflikt mit der Arbeiterpartei Kurdistans (*Partîya Karkerên Kurdîstan*, PKK) und droht weite Teile Südostanatoliens in einen Strudel der Gewalt zu ziehen. Die Tragweite der militärischen Auseinandersetzungen wird deutlich, wenn man die vom Generalstab der türkischen Armee veröffentlichten Opferzahlen ansieht: Über 100 getötete Sicherheitskräfte aus Armee und Polizei sind danach allein in den drei Monaten

zwischen Mitte Juli und Mitte Oktober zu beklagen. Als Erfolgsmeldung wird dagegen die Tötung von über 2.000 Kämpfern der PKK verkündet. Angriffe der türkischen Armee auf Stellungen der PKK sind nicht nur in der Türkei erfolgt, sondern insbesondere auch in den nordirakischen Kandil-Bergen, seit Langem ein wichtiger Rückzugsort und Hauptquartier der PKK. In der Türkei sorgt vor allem die Nachricht für Unruhe, dass die Armee überwiegend kurdisch bewohnte Städte, wie die Großstadt Cizre, nicht nur tagelang komplett abgeriegelt hat, sondern dass bei der Bekämpfung der PKK in diesen südostanatolischen Gebieten auch viele zivile Opfer zu beklagen sind. Die schlimmen Erinnerungen an die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, die seit 1984 fast 50.000 Menschenleben gekostet haben, werden durch diese jüngsten Ereignisse geweckt.

Für Beobachter in der Türkei und im Ausland kommt die erneute Gewalteskalation überraschend. Vieles hat in den vergangenen Jahren darauf hingedeutet, dass ein politischer Prozess in Gang gekommen war, der scheinbar unumkehrbar war. Fünfzehn Jahre nach der Verhaftung des PKK-Führers Abdullah Öcalan, der seit seiner Verurteilung zu lebenslanger Haft auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert ist, schien die Zeit reif dafür, dass der türkische Staat und die PKK in gegenseitigen Gesprächen über ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen verhandelten. Der noch unter Ministerpräsident Erdoğan 2013 gestartete Lösungsprozess entwickelte sich dementsprechend dynamisch. Im Februar 2015 schien mit der sogenannten Dolmabahçe-Erklärung der Durchbruch erreicht: Die Niederlegung der Waffen und der Abzug vom türkischen Territorium durch die PKK

war nicht nur von Öcalan, sondern offenbar auch von der aktiven PKK-Führung in den Kandil-Bergen befürwortet worden. Der Dialog wurde sowohl von der politischen Führung des Landes als auch von der oppositionellen prokurdischen *Halkların Demokratik Partisi* („Demokratische Partei der Völker“, HDP) unter ihrem Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş unterstützt. Die mit dem Dialog zwischen Regierung und PKK einhergehende politische Entspannung wurde auch dadurch deutlich, dass im Sommer 2014 erstmals in der türkischen Geschichte mit Selahattin Demirtaş ein Repräsentant der kurdischen Nationalbewegung für das höchste Staatsamt kandidierte und mit rund zehn Prozent der Stimmen ein beachtliches Ergebnis erzielte. Auch dass die HDP bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 über dreizehn Prozent der Wählerstimmen erreichte und achtzig Abgeordnete in die Türkische Nationalversammlung entsandte, war vermeintlich Ausdruck einer neuen Normalität. Demirtaş beschrieb dies nach den Wahlen euphorisch mit dem Ausspruch: „Wir sind jetzt Teil der Türkei!“ Dass die HDP bei den Neuwahlen am 1. November 2015 erneut die Zehn-Prozent-Hürde übersprang, bestätigt diese Einschätzung erneut.

HDP – BITTERE PILLE FÜR ERDOĞAN

Für die *Adalet ve Kalkınma Partisi* („Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“, AKP) unter Parteichef und Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu war dieses Ergebnis der Juni-Wahl allerdings schwer zu verdauen, da sich die Kurden in ihren Gebieten

überwiegend zur kurdischen Linkspartei HDP bekannt hatten, obwohl das dortige Wählermilieu überwiegend traditionell, religiös und konservativ eingestellt ist und daher von der islamistischen AKP zur Stammwählerschaft gerechnet wurde. Eine besonders bittere Pille war das Ergebnis auch für Präsident Erdoğan, der im Jahr zuvor die ersten Präsidentschaftswahlen, bei denen das Volk in der Türkei seinen Präsidenten direkt wählen durfte, mit 53 Prozent gewonnen hatte. Einen vergleichbaren Wahlausgang hatte sich Erdoğan auch bei den Parlamentswahlen erhofft, da er umfassende Verfassungsänderungen und die Einführung eines Präsidentsystems propagiert hatte, für die er und die AKP dieses Mehrheitsvotum benötigten. Das deutliche Überspringen der Zehn-Prozent-Hürde durch die HDP, die sich schon im Wahlkampf klar gegen das Präsidentsystem ausgesprochen hatte und daher auch von vielen Anhängern der links-kemalistischen *Cumhuriyet Halk Partisi* („Republikanische Volkspartei“, CHP) gewählt worden war, vereitelte die ambitionierten politischen Pläne der AKP-Regierung und des Staatspräsidenten. Die nach den Wahlen gescheiterte Bildung einer Regierungskoalition und die Ausrufung von Neuwahlen am 1. November 2015 machten offenkundig: Die seit 2002 regierende AKP hat sich bereits an den nahezu uneingeschränkten politischen Spielraum gewöhnt und bringt eine für die Koalitionsbildung notwendige Bereitschaft zu Kompromissen kaum auf.

Der politische Erfolg der HDP stellt einen tiefen Einschnitt in der politischen Kultur der Türkei dar. Erstmals wurde bei den Wahlen am 7. Juni politisch manifestiert, dass die kurdische Bewegung im politischen System der Türkei einen Platz

gefunden hat. Wenngleich die nach den Wahlen wieder eskalierende PKK-Gewalt sogleich Befürchtungen weckte, dass die HDP – wie zahlreiche pro-kurdische Vorgängerparteien – verboten werden könnte, so war der Wahlerfolg doch ein klares Statement für die demokratische Beteiligung der kurdischen Bevölkerungsteile, die ihre kulturellen Rechte und teilweise auch in den kurdisch besiedelten Gebieten Formen autonomer politischer Selbstverwaltung durchsetzen wollen.

ANSCHLAG TORPEDIERT POLITISCHEN DISKURS

Wie fest die kurdische Bewegung in der zivilen politischen Kultur der Türkei inzwischen verankert ist, zeigte sich nach dem schwersten Anschlag in der türkischen Geschichte, bei dem auf einer Kundgebung der HDP und ihr nahestehender Gruppen am 10. Oktober 2015 über 100 Menschen – vermutlich durch eine Zelle des IS – getötet worden waren: Aus der Partei heraus waren fast ausschließlich Stimmen zu hören, die eine rechtsstaatliche Auseinandersetzung mit dem gegen die Kurden gerichteten Terror forderten. Dass die HDP, die nach Aussagen der Co-Vorsitzenden Figen Yükseskağ „etwa 500 Verhaftungen von Mitgliedern und Funktionären und Angriffe auf 190 HDP-Büros“ hinnehmen musste, in dieser äußerst angespannten Situation die bewaffnete PKK nicht als ihren mutmaßlichen militärischen Arm instrumentalisierte, sondern dass im Gegenteil die PKK sogar trotz des Anschlags an der Ausrufung des angekündigten einseitigen Waffenstillstandes festhielt, um der HDP bei den Neuwahlen am

1. November 2015 nicht durch ein Hochschrauben der Gewaltspirale zu schaden, ist ein wichtiges Signal für die Fortsetzung des politischen Friedensprozesses zwischen türkischem Staat und PKK nach den Wahlen. Nur wenn die HDP als zivile politische Kraft die Oberhand über die militante PKK erhalte, würde sie wiederum eine moderierende Funktion im Friedensprozess einnehmen können. Bei einer anhaltenden Gewalteskalation dagegen würde die HDP auch selbst in Mitleidenschaft gezogen, auch dann, wenn sie sich von der PKK distanzierte. Die Gewalteskalation der vergangenen Monate dürfte der HDP politisch geschadet haben: Von 13,1 Prozent der Stimmen am 7. Juni rutschte sie auf 10,7 Prozent bei den Neuwahlen am 1. November ab. Sie verlor rund eine Million Wählerstimmen. Statt achtzig hat sie nur noch 59 Abgeordnete in der neugewählten Großen Türkischen Nationalversammlung.

NIMBUS DER UNBESIEGBAREN PKK

Durch die Ereignisse der letzten Monate, seit dem Abbruch der Gespräche und dem Wiederaufflammen der bewaffneten Auseinandersetzungen, sind die Rahmenbedingungen für erfolgreiche Verhandlungen sicher nicht besser geworden. Allerdings hat die große Erschütterung in der Bevölkerung über die zahlreichen Toten ebenfalls deutlich gemacht, dass dieser politische Prozess im Grunde für beide Seiten der einzige Weg ist. Wenngleich die Rhetorik der Regierung von der PKK ein „Einzementieren ihrer Waffen“ verlangte, bevor der Friedensprozess mit ihr wieder

aufgenommen werden könnte, so ist doch klar, dass die PKK trotz der schweren Verluste durch die Angriffe der letzten Monate keinesfalls als besiegter oder auch nur als erheblich geschwächter Gegner an den Verhandlungstisch zurückkehren würde. Im Gegenteil – propagandistisch hat die PKK aus der Gewalteskalation sogar Vorteile ziehen können: Leichenschändungen getöteter PKK-Kämpfer durch türkische Sicherheitskräfte, zivile kurdische Opfer im Anti-Terror-Kampf und eine dramatische Zuspitzung der Polarisierung im kurdisch-türkischen Verhältnis haben insbesondere in der jungen kurdischen Bevölkerung zu einer erneuten Steigerung des Ansehens der PKK beigetragen. Das Wahlergebnis vom 1. November zeigte dann aber, dass sehr viel Kurden diesen Gewaltkurs der PKK nicht wollten und die HDP dafür mit verantwortlich machten. Sie bescherten der AKP daher im kurdischen Südosten der Türkei beachtliche Stimmenzuwächse, während die HDP über fünfzehn Prozent ihres Wähleranteils verlor.

Wie in den 1990er-Jahren trägt die PKK den Nimbus, militärisch nicht besiegbar zu sein. Sie bewegt sich in den Kurdengebieten – unter den geschätzten zwölf bis fünfzehn Millionen Kurden – wie ein Fisch im Wasser. Den Widerstand, den man ihr auch von kurdischer Seite immer wieder entgegensetzt, weiß sie durch Gewaltmaßnahmen zu brechen. Anders als in den 1990er-Jahren hat sie aber nicht nur den Ruf einer revolutionären „Befreiungsbewegung“. Nach den gewaltsamen Ereignissen und Kämpfen im Irak und in Syrien, bei denen sich die PKK als wirkungsvolle militärische Unterstützung gegen den IS etablieren konnte – insbesondere bei der Befreiung der Stadt

Kobani –, hat die PKK ihr Ansehen auch über die türkischen Grenzen hinaus in der Kurdenregion gefestigt. Die Lage in den syrischen Kurdengebieten (Rojava), die sich immer mehr als eigenes politisches Gebilde herausformen, ist für die PKK günstig, da ihr Einfluss auf die dortige dominante politische Kraft *Partiya Yekitiya Demokrat* („Partei der Demokratischen Union“, PYD) und deren im Oktober 2011 gegründeten militärischen Arm *Yekîneyên Parastina Gel* („Volksverteidigungseinheiten“, YPG) groß ist. Diese Entwicklung stört Ankara gerade in den syrischen Kurdengebieten; eine kurdische Autonomie in dieser Region, deren Entwicklung nun nicht mehr ausgeschlossen zu sein scheint, könnte unerwünschte Wirkungen entfalten. Die Einrichtung einer „Schutzzone“ – so Ankaras Kalkül – würde die Etablierung einer syrisch-kurdischen Autonomie in Rojava erheblich erschweren, wenn nicht gar auf absehbare Zeit unmöglich machen.

Der Friedensprozess mit der PKK ist unter diesen geopolitischen Koordinaten für Ankara daher mit einem erheblichen Makel behaftet. Selbst für den Fall, dass die PKK tatsächlich den bewaffneten Kampf in der Türkei einstellen sollte und PKK-Verbände türkisches Territorium verließen, wäre die PKK mit fortbestehenden Stützpunkten im Irak und in Syrien weiterhin ein als gefährlich einzustufender Akteur. Ankara will und wird es nicht zulassen, dass die PKK ihre Strukturen im Grenzgebiet zur Türkei festigen könnte. Für den türkisch-kurdischen Friedensprozess heißt dies, dass er im Grunde auch die Entwicklungen im Irak und in Syrien in viel größerem Ausmaße mit berücksichtigen müsste, als dies bislang not-

wendig schien. Schon in den 1990er-Jahren hatte die türkische Regierung den Fehler begangen, den international schon damals nachdrücklich geforderten politischen Prozess um mehrere Jahrzehnte aufzuschieben, in der Erwartung, die PKK werde durch die immense militärische Überlegenheit der türkischen Armee zerrieben. Diese Fehleinschätzung hat ursächlich dazu beigetragen, dass sich die PKK heute auf mehrere Generationen von Kämpfern stützen kann. Eine ausschließliche Konzentration des türkischen Staates auf militärische Optionen würde der PKK nur noch mehr Kämpfer in die Arme treiben, denn es ist gerade die Perspektivlosigkeit der vergangenen Jahrzehnte gewesen, die dazu beigetragen hat, dass Zehntausende von kurdischen Jugendlichen „in die Berge gezogen sind“, wie in der Türkei die Teilnahme am Guerillakampf bezeichnet wird.

Doch selbst wenn die Instabilität in Syrien und im Irak und vor allem die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Kurdenmilizen und Dschihadisten noch Jahre andauern könnten, so ist doch absehbar, dass politischer Stillstand in der Kurdenfrage für die Türkei keine gute Option ist. Auch wenn die Dolmabahçe-Erklärung möglicherweise als Grundlage für neue Verhandlungen zwischen türkischer Regierung und PKK nicht mehr taugt, da sich beide Seiten aktuell gestärkt fühlen und nicht zu Kompromissen bereit sind, so ist sie doch relevant bei der Festlegung der grundsätzlichen Zielrichtung neuer Gespräche und Verhandlungen. Eine Zivilisierung der Entwicklung ist im ureigenen Interesse der türkischen Kurden, die nicht mehr auf gewaltsame Separation setzen.

DER KULT UM „APO“

Gerade hinsichtlich der innertürkischen Dynamik der Kurdenfrage dürften bei einer Fortsetzung des politischen Prozesses derzeit noch bestehende Tabus infrage gestellt werden. Dazu gehört vor allem die Rolle des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan. Dass der Ruf seiner Anhängerschaft nach Öcalans Freilassung immer lauter wird, kann auch von der auf Gewaltfreiheit und Entwaffnung der PKK setzenden Führung der HDP nicht ignoriert werden. Die HDP hat – schon bevor sie ins Parlament gewählt worden war – ihre Rolle als Vermittlerin zwischen Öcalan und der PKK in den Friedensgesprächen selbstbewusst zu spielen gewusst und damit erheblich an Einfluss gewonnen. Dieses Rad ist kaum noch zurückzudrehen. Im Gegenteil: Wenngleich es kurzfristig kaum wahrscheinlich ist, dass die Forderung nach Freilassung Öcalans von der türkischen Regierung erfüllt werden wird, so wird die nunmehr zum zweiten Mal ins türkische Parlament gewählte HDP im Kontext von wieder zunehmenden Verhandlungen diese Öcalan-Karte spielen. Öcalans seit vielen Jahren vertretener Verzicht auf den bewaffneten Kampf und auf kurdische Unabhängigkeit macht ihn in den Augen seiner Anhänger zu einer politischen und nicht mehr militärischen Führerfigur. Der Kult um „Apo“, wie er von seinen Anhängern, den „Apocular“, genannt wird, dürfte weiter zunehmen. Für die türkische Regierung ist diese Entwicklung einerseits nützlich, da Öcalan auch in der Wahrnehmung der türkischen Sicherheitskräfte heute glaubwürdig für eine Abwendung vom bewaffneten Kampf eintritt und somit in der offiziellen Propa-

ganda gegen die Einheiten der PKK positioniert werden kann, die den Kampf weiterführen wollen. Andererseits ist die Entwicklung politisch problematisch, da Öcalan in weiten Teilen der türkischen Öffentlichkeit noch immer als brutaler Terrorist gebrandmarkt ist. Insbesondere im von der MHP dominierten nationalistischen Milieu, das schon die Aufhebung seiner Todesstrafe kaum erträglich fand, wäre eine wie auch immer geartete Aufhebung der Haft auf der Gefängnisinsel İmralı – beispielsweise durch die diskutierte Umwandlung in einen Hausarrest – eine Steilvorlage für gewaltsame Aktionen, die den gesellschaftlichen Frieden in der Türkei nachhaltig beeinträchtigen könnten. Dasselbe träfe auf die von kurdischen Kräften auch innerhalb der HDP geforderte Aufhebung des PKK-Verbots zu. Diese Forderung ist besonders heikel, da sie nicht nur den innertürkischen Diskurs tangiert, sondern auch die NATO-Verbündeten USA und Deutschland, wo die PKK ebenfalls als terroristische Organisation verboten ist. Schon im Kontext des Kampfes der PKK gegen den IS waren Stimmen laut geworden, die forderten, die PKK von der Terrorliste zu nehmen, da sie sich schützend vor die Jesiden im Irak gestellt habe. Sowohl im politischen Raum als auch von Minderheiten- und Menschenrechtsorganisationen in Deutschland wurde die Aufhebung des PKK-Verbots daher 2015 mehrfach gefordert, ohne dass dies bislang ein breiteres positives Echo gefunden hätte.

Die kurdische Bewegung wird dieses Momentum im eigenen Interesse nutzen und die türkische Regierung in der Frage der Aufhebung des PKK-Verbots vor sich hertreiben. Dennoch erscheint eine Aufhebung des Verbotes – genauso wie die

Aufhebung der Haft von Öcalan – nur als mögliches Ergebnis eines sehr langen Verhandlungsprozesses und als Konsequenz eines tatsächlichen Endes der politischen Gewalt durch PKK-Kämpfer. Diese Entwicklung ist derzeit selbst bei einer positiven Entwicklung der Lage in der Türkei, in Syrien und im Irak zumindest kurz- und mittelfristig nicht wahrscheinlich.

Für die Verbündeten der Türkei, die ein erhebliches Interesse an einer Wiederaufnahme des Friedensprozesses haben, bedeutet dies, dass einseitige Schritte, wie die Entlistung der PKK in Europa oder in den USA, keinen erwünschten positiven Effekt auf den Verhandlungserfolg haben würden. „Freiheit für Öcalan“ und „Aufhebung des Verbotes der PKK“ bleiben wichtige Forderungen auf der Agenda der kurdischen Nationalbewegung. Eine realistische Perspektive für die Umsetzung dieser Forderungen – vor dem erfolgreichen Abschluss der Friedensgespräche zwischen türkischer Regierung und PKK – gibt es aber nicht.

BEREITSCHAFT ZUR ABWENDUNG VON GEWALT

Sowohl die EU als auch die USA können dennoch auf verschiedenen Ebenen dazu beitragen, den Konflikt zwischen beiden Seiten zu entschärfen, Vertrauen zu bilden und somit eine politische Lösung zu ermöglichen. Inwieweit die Türkei bereit sein wird, EU und USA auch als Beobachter oder gar Vermittler in einen neuen Friedensprozess einzubinden, bleibt abzuwarten. Eine gezielte europäisch-amerikanische Anreizpolitik könnte die Entwaffnung der PKK und ihren Rückzug aus der

Türkei möglicherweise erleichtern. Dass sich die PKK-Führung unter Cemil Bayık im April 2015 für die in den 1990er-Jahren in Deutschland verübte Terrorwelle entschuldigt hat, macht deutlich, dass es auf dieser Seite eine erstaunliche Wandlungsbereitschaft gibt. Im Interesse der Sicherheit der Türkei, aber auch Deutschlands und der anderen vom Konflikt mit der PKK betroffenen Staaten, sollte die Abwendung von der Gewalt mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln – und in enger Abstimmung mit Ankara – unterstützt werden.

Im Mittelpunkt wird dabei stehen müssen, einerseits die demokratische Entwicklung – hier vor allem die massiv gefährdete Rechtsstaatlichkeit, die Presse- und Meinungsfreiheit und den Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten – in der Türkei zu fördern und das Land andererseits bei der Bekämpfung der terroristischen Bedrohung zu unterstützen. Nur eine stabile, durch Terrorismus nicht gefährdete Türkei wird ihrer – aus über vierzig verschiedenen ethnischen Gruppen zusammengesetzten – Bevölkerung, gleich ob arabischer, armenischer, lasischer, tscherkessischer, kurdischer oder türkischer Herkunft, eine sichere Heimat bieten können.